

LOKALES

Umweltschutz muß bei der Planung Vorrang haben

Sassenbergs Grüne beschäftigten sich mit Verkehrsplanung

Sassenberg. Die Sassenberger „Grünen“ haben die Verkehrsplanung und -führung gründlich unter die Lupe genommen (siehe „Glocke“ vom 2. Januar '85). Aus der Analyse der aktuellen Situation ergibt sich für die Grünen folgender Forderungskatalog.

Die Wurzel der Umweltbelastung durch Verkehr liegt allerdings in der jahrelangen wachstumsorientierten und konzentrationsfördernden Politik, welche von CDU/CSU, SPD und FDP betrieben wurde und noch immer betrieben wird. Diese Politik führte zur Trennung der Lebensbereiche Wohnen, Arbeit, Erholung, sich Bilden und Einkaufen, ferner zu den katastrophalen Verhältnissen im öffentlichen Verkehrswesen und im Schwer- und Güterverkehr. Durch diese Umstände sind wir gezwungen, eine Verkehrspolitik zu betreiben, die sich auf folgende Grundsätze stützt:

- Drastische Senkung des Verkehrs auf den notwendigen Wegstrecken. Dieses kann ausschließlich durch eine neue Raumordnung und Infrastruktur erreicht werden. Ferner muß das öffentliche Verkehrswesen im Nah- und Fernverkehr verbessert werden, damit eine Möglichkeit zum Umsteigen vom individuellen Verkehr auf den öffentlichen möglich wird.

- Förderung und optimalere Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel.

- Sämtliche Fahrzeuge müssen umgehend verbessert werden, insbesondere auf Energieverbrauch, Lärm- und Abgasemission, Sicherheit in passiver und aktiver Form sowie Reparaturanfälligkeit und Haltbarkeit.

Daraus ergibt sich folgendes:

- Absoluter Vorrang dem Schienenverkehr vor dem individuellen Verkehr.

- Schwer- und Fernverkehrsgüter müssen auf dem Schienenwege transportiert werden.

- Alle alten und neuen Trassen müssen in das ökologische System integriert werden.

- In Wohngebieten sind verkehrsberuhigte, verkehrsfreie Zonen und Spielstraßen einzurichten.

- Der Durchgangsverkehr in Wohngebieten in Form von Schwer- und Ferntransporten ist zu untersagen.

- Die Verkehrssicherheit der Anwohner ist wesentlich zu verbessern.

- Straßenbaumaßnahmen haben nur noch zum Erhalt und zur Abrundung des bestehenden Netzes zu erfolgen.

- Der Neubau und Ausbau von Autobahnen und Schnellstraßen ist zu unterbinden.

- Überflüssig gewordene Straßentrassen sind der Landwirtschaft zurückzuführen.

- Der Fahrradverkehr ist zu fördern, er hat ein weiter verbessertes und sichereres Wegenetz zu erhalten.